

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
wir sind heute hier zusammen gekommen, um unser neues Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki der Beueler Öffentlichkeit zu übergeben. Schon lange haben wir Überlegungen angestellt, wie der bisherige kleine Gedenkstein unser Anliegen – und das heißt immer noch: Weltweite Abschaffung aller Atomwaffen – besser zur Geltung bringen könnte. Seit 1985 befindet sich der kleine Gedenkstein an diesem Ort, der dem Gedenken an die Opfer der ersten Atombombeneinsätze auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gewidmet ist. Hier versammeln sich alljährlich am Hiroshimatag, dem 6. August, Menschen mit der Forderung: „Atomwaffen abschaffen!“

Dank Dieter Riebe von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, der nach dem letzten Hiroshimatag die Initiative ergriffen hat, haben wir nun ein neues, weithin sichtbares Mahnmal, das unser Anliegen deutlich macht.

Seit mehr als vier Wochen stehen wir alle unter dem Eindruck der fürchterlichen Katastrophen in Japan: dem Erdbeben, dem Tsunami und den nicht mehr beherrschbaren vier Atomkraftwerken in Fukushima, nach einem weiteren Erdbeben gibt es auch Probleme in anderen Atomkraftwerken. Wieder droht dem japanischen Volk schlimmste radioaktive Verstrahlung. Sowohl von der militärischen Nutzung als auch der friedlichen Nutzung der Kernenergie geht eine große Bedrohung der Menschheit aus: Die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki haben unermessliches Leid für viele Jahre über hunderttausende Menschen gebracht, die größten anzunehmenden Unfälle mit Kernschmelze und Freisetzung enormer Mengen radioaktiven Materials 1979 in Harrisburg, 1986 in Tschernobyl und jetzt in Japan zeigen in aller Deutlichkeit, dass diese Technologie nicht beherrschbar ist und immer wieder das Leben und die Gesundheit vieler Menschen bedroht und ganze Landstriche auf Jahre unbewohnbar macht.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit in der Beueler Friedensinitiative ist die Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen. Leider ist in den Medien nicht mehr so präsent, dass weiterhin 100 km von uns entfernt in Büchel in der Eifel Atomwaffen bereitgehalten werden. Der Einsatz dieser Atomwaffen, auch der Ersteinsatz, ist nach wie vor fester Planungsbestandteil der NATO, der bekanntlich auch Deutschland angehört. Obwohl sich weit über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung in Umfragen gegen Atomwaffen aussprechen, wissen viele Menschen nicht, dass in Deutschland noch immer Atomwaffen stationiert sind und Deutschland sich an der »Nuklearen Planungsgruppe« der NATO beteiligt. Die Bundeswehr hat dabei auf die 20 in Büchel gelagerten Bomben im Rahmen der so genannten „nuklearen Teilhabe“ Zugriff und übt regelmäßig mit ihren Tornados des Jagdbombergeschwaders 33 den Einsatz mit Atomwaffen.

„Im Ernstfall sollen die Atomwaffen durch Tornados der deutschen Luftwaffe zum Einsatz gebracht werden. Eine amerikanische Wartungs- und Sicherheitsmannschaft ist vor Ort stationiert. Jede der Atomwaffen in Büchel hat ein Vielfaches der Zerstörungskraft der Atomsprengsätze, die Hiroshima und Nagasaki zerstörten. Als Beitrag zur weltweiten Abrüstung und um glaubwürdig mit Staaten verhandeln zu können, die glauben, dass Atomwaffen ihnen Sicherheit bieten, soll Deutschland auf

diese Waffen verzichten. Es ist doppelzünftig, von anderen zu verlangen, auf Atomwaffen zu verzichten, während Deutschland noch immer auf atomare Abschreckung setzt.“¹

„Die Ankündigung Präsident Obamas, sich für eine Welt ohne Atomwaffen einzusetzen, setzt unversehens Forderungen auf die Tagesordnung, die wir seit Jahren erheben.“² Das Friedensgutachten der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik stellt dazu fest: „In Reaktion auf Barack Obamas Initiative für eine atomwaffenfreie Welt ist der Stellenwert der nuklearen Rüstungskontrolle in der deutschen Außenpolitik gestiegen. Zu Recht hat Außenminister Guido Westerwelle die Abrüstung als eines der Leitthemen seiner Außenpolitik auserkoren. Noch allerdings erfüllt Deutschland die eigenen Ansprüche an eine aktive Rüstungskontrollpolitik nur unzureichend. Zu sehr nimmt Berlin noch Rücksicht auf die Interessen der verbündeten Atomwaffenstaaten und zu wenig traut sich die Regierung, auch außerhalb von EU und NATO initiativ zu werden. In der Frage des Abzugs der in Deutschland noch stationierten US-Atomwaffen allerdings hat sich die Bundesrepublik vom Mahner zum Akteur gewandelt. Nun müssen der Ankündigung im Koalitionsvertrag Taten folgen. Deutschland sollte aber nicht nur für einen Abzug der US-Atomwaffen eintreten, sondern konsequenterweise auch für eine Änderung der NATO-Atomwaffenpolitik insgesamt.“³ In diesem Zusammenhang ist die im Jahre 1958 begonnene Kampagne gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr unter der Losung „Kampf dem Atomtod“ nach wie vor aktuell und gewinnt angesichts der schweren Atomreaktorhavarien eine zusätzliche Bedeutung.

Immerhin ein kleiner Schritt auf dem Weg zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen ist der zwischen den USA und Russland vereinbarte START-Vertrag, der eine Reduzierung der vorhandenen Arsenale vorsieht. Auch die weltweite Initiative „Mayors for Peace“ ist neben vielen anderen Aktivitäten ein wichtiger Mosaikstein im Kampf um vollständige nukleare Abrüstung. Die „Mayors for peace“ wurden 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versuchen die Mayors for Peace Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern.

Aus Anlass der Übergabe unseres neuen Mahnmals an die Öffentlichkeit fordern wir nachdrücklich

- Abschaffung aller bestehenden Atomwaffen,
- den Abzug der letzten 20 Atombomben aus Büchel,
- die Einstellung der Weiterentwicklung neuer Atomwaffen,
- Abschaffen aller Atomkraftwerke – weltweit!

Ich danke allen für ihr Kommen und würde mich freuen, alle am 6. August hier wieder anzutreffen.

Robert Nicoll

¹ Vor der eigenen Haustür kehren! In: Ohne Rüstung leben. Informationen 125, 2/2008, S. 5

² http://www.friedensgutachten.de/uploads/pdf/2009/fga2009_presseerklaerung.pdf

³ Friedensgutachten 2010, Zusammenfassung Nr. 3.2; http://www.friedensgutachten.de/tl_files/friedensgutachten/pdf/fga2010_zusammenfassung.pdf